

TERMINE

Revolution oder Tarifvertrag? Bebel und die Gewerkschaften - Veranstaltung des August-Bebel-Instituts, Freitag, 25. Mai 2007, 18-20 Uhr. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter bzw. Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften. Die SPD August Bebel wollte im politischen Kampf für die Erlösung der Arbeiter aus ihrer Unterdrückung sorgen, die Gewerkschaften sollten inzwischen die Massen rekrutieren und für Verbesserungen der Lage eintreten. Sie waren lange Zeit der SPD untergeordnet. Mit dem Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften nahm ihre Abhängigkeit von der SPD nach 1900 ab. Das Mannheimer Abkommen von 1906 bedeutete ihre faktische Gleichberechtigung. Was können wir zur Frage der richtigen Nähe oder Distanz der Gewerkschaften zu Parteien heute lernen? Veranstaltung mit anschließendem Grillen. Leitung: Reinhard Wenzel, Dipl.-Politologe, in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft Jugend, Erholung und Weiterbildung e. V., Anmeldung bis zum 17. Mai · Veranstaltung 107

Kontakt: August-Bebel-Institut, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Tel. (030) 4692 122, Fax (030) 4692 124, Mail: kontakt@august-bebel-institut.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin

Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)

Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

BERLINER ERFOLGSMODELL

Programmdebatte: „Soziale Stadt“

In einem Mitte April vorgelegten Vorschlag zur Ergänzung des Bremer Grundsatzprogrammwerfs betont die Berliner SPD die Bedeutung einer demokratischen und sozialen Stadt. Hella Dunger-Löper, Berliner Mitglied in der Programmkommission: „Die europäischen Städte sind Seismografen des sozialen Zusammenhalts, der Wirtschaftsentwicklung und der kulturellen Ausstrahlung eines Landes. Nicht zuletzt wird hier über die Erfolgchancen gesellschaftlicher Integration und der europäischen Vereinigung entschieden.“

Wesentlicher Punkt für die Berliner SPD: Die Sicherung der Teilhabe aller am städtischen Leben. Bürgerschaftliches Engagement sei wichtig für die Stabilisierung von Sozialräumen. Hella Dunger-Löper: „Eine verstärkte Einbeziehung gerade von Bevölkerungsgruppen, die bisher bei politischen Prozessen aus kulturellen oder sozialen Gründen eher abseits stehen, schafft eine größere Legitimierung und höhere Akzeptanz des politischen Handelns.“

Städte brauchen zudem eine verlässliche Finanzierungsbasis. Sie zu sichern bedeute, die Lebensfähigkeit der Städte zu erhalten. Die SPD, so Hella Dunger-Löper, stehe auch für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung: „Wir wollen keine Privatisierungspolitik öffentlichen Eigentums.“



Hella Dunger-Löper ist Mitglied der Programmkommission und Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Ein eigenes Kapitel widmet die Berliner SPD einem Berliner Erfolgsmodell: dem Thema „Soziale Stadt“. Aufgabe der sozialen Stadt, so Hella Dunger-Löper, sei die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung. „Unter einer sozialen Stadtpolitik verstehen wir aktive Integration insbesondere auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, bei sozialer Infrastruktur, bei Bildung und Kultur. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die die Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner an den gesellschaftli-

chen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozessen ermöglicht. Teilhabe bedeutet nicht nur Teilnahme, sondern auch die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung.“

Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse in benachteiligten Stadtquartieren müssen verhindert werden. Für mehr Arbeitsplätze, die Verstärkung von Integration und Teilhabe und die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Qualifikation, sind übergreifende Konzepte und gemeinsames Handeln gefragt. Das Ziel „Soziale Stadt“, so die SPD-Politikerin, sei eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

Die Politik der sozialen Stadtentwicklung bilde durch ihren vernetzenden Charakter den Rahmen in dem andere Politikbereiche ihre Wirkung erst entfalten können. Die Weiterentwicklung der sozialen Stadt bleibe somit ein zentrales Thema sozialdemokratischer Politik.

Viele Abteilungen und Kreise haben in den vergangenen Wochen spannende und informative Veranstaltungen durchgeführt und mit Mitgliedern und Außenstehenden über das Programm diskutiert. Auf landesweiten Foren standen die Themen Wirtschaft, Arbeit, Soziale Stadt und Bildung im Mittelpunkt. Auf dem Landesparteitag am 30. Juni (Antragsschluss: 21. Mai) werden die Berliner Beiträge und Änderungswünsche zum Bremer Entwurf beraten. ■ U.H.

STOLZ AUF JEDEN NEUEN JOB

Michael Müller im Interview - Fortsetzung von S.I

Von welcher Seite kommt das Lob?

Die Wirtschaft unterstützt unsere Politik an den zentralen Punkten; Günther Oettinger, der Ministerpräsident Baden-Württembergs, attestiert uns einen vorbildlichen Haushaltskonsolidierungskurs und die bundesdeutsche Debatte um Kitaplätze macht aus Berlin und anderen ostdeutschen Bundesländern Musterländle der Kinderbetreuung. Wenn das so ist, können die letzten Jahre rot-roter Koalition nicht so schlecht gewesen sein.

Und wie soll sich die Botschaft verbreiten?

Besonders wenn es nicht nach Eigenlob aussieht, ist die Presse ja durchaus bereit, Positives über die Stadt zu berichten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung, ist auch ein Ergebnis unserer Politik. Mit der systematischen Stärkung des Wissenschaftsstandortes, der neu aufgestellten Wirtschaftsförderung, der Haushalts-



Im Interview: Michael Müller.

konsolidierung und unserem bildungspolitischen Schwerpunkt haben wir den politischen Grundstein für die gute aktuelle Entwicklung gelegt. Mit der Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors sollen besonders ältere Langzeitarbeitslose eine Chance bekommen. Und mit der schrittweisen Sanierung der Berliner Hallenbäder, die durch

den Verkauf der Gewerbesiedlungsgesellschaft ermöglicht worden ist, investieren wir wieder in die Infrastruktur der Stadt. Unsere politischen Erfolge sollten uns selbstbewusster machen.

Sie glauben, dass eine selbstbewusstere SPD auch eine attraktivere wäre?

Auf jeden Fall. Natürlich darf sich niemand auf dem Erreichten ausruhen. Die politischen Erfolge der letzten Jahre können aber belegen, dass die Berliner SPD auch mit großen Problemen umgehen kann und in der Lage ist, gerechte und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Und wenn die Wirtschaft noch so anzieht: Die Kompetenz, gesellschaftliche Probleme sozial gerecht zu lösen und gesellschaftliche Entwicklungen im Sinne eines solidarischen Ausgleichs zu steuern, wird zukünftig gefragter denn je sein. Und da kommt in Berlin an der SPD niemand vorbei. ■ Interview: Hannes Höne- mann